

Fremdenangst, Autonomiebestrebungen und 'ethnische Konflikte'

Der Nordosten Indiens

von Theo Ebbers

Als Mitte Oktober 1993 Einheiten der indischen Armee die Hazratbal-Moschee in Kaschmir umstellten, schaute die Weltöffentlichkeit wieder einmal gespannt nach Kaschmir. Als nur knapp eine Woche zuvor in Assam innerhalb weniger Tage mehr als 25.000 Menschen von 'militanten' Bodos aus ihren Dörfern vertrieben wurden, nimmt davon selbst die indische Öffentlichkeit kaum Notiz. Ebenfalls nahezu unbemerkt von der indischen, geschweige denn der Weltöffentlichkeit, kommt es in einem anderen der nordöstlichen indischen Bundesstaaten zu gewalttätigen Konflikten, die das indische Nachrichtenmagazin 'India Today' veranlassen, die Situation im Bundesstaat Manipur mit Bosnien zu vergleichen. Und in Meghalaya lebt die Bevölkerung in ständiger Angst vor einem erneuten Aufflackern von Gewalttätigkeiten zwischen sogenannten 'Einheimischen' (locals) und 'Fremden' (outsiders). In mehreren Folgen beschäftigt sich der Autor, der kürzlich Gelegenheit hatte, den Nordosten Indiens zu bereisen, mit der Lage in den 'abgeschiedenen Teilen Indiens'.

Durga-Puja in Shillong, der Hauptstadt des Bundesstaates Meghalaya, dem 'Wohnsitz der Wolken'. Eine seltsam gespannte Mischung aus Vorfreude und Angst liegt über der Stadt, die nach 20.00 Uhr wie ausgestorben wirkt. Niemand wagt sich hinaus auf die Straßen. Geschäfte und Restaurants sind geschlossen, Besuche bei Freunden werden beendet, da es um diese Zeit schwierig wird, noch Taxifahrer zu finden, die bereit sind, durch die nächtlichen Straßen zu fahren.

Seit Ende der 1970-er Jahre kommt es insbesondere zur Puja-Zeit im Oktober immer wieder zu schweren und äußerst brutalen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Stadt. Noch während der Durga-Puja 1992 kamen bei Unruhen in Shillong, die von unvorstellbaren Grausamkeiten begleitet waren, mehr als 20 Menschen ums Leben. Sie wurden erschossen, buchstäblich in Stücke gehackt oder bei lebendigem Leib verbrannt. Ausgelöst wurden diese Unruhen, als die 'Federation of Khasi, Jaintia and Garo People' (FKJGP) eine Straßenblockade ankündigte, um die Puja-Feierlichkeiten zu stören.

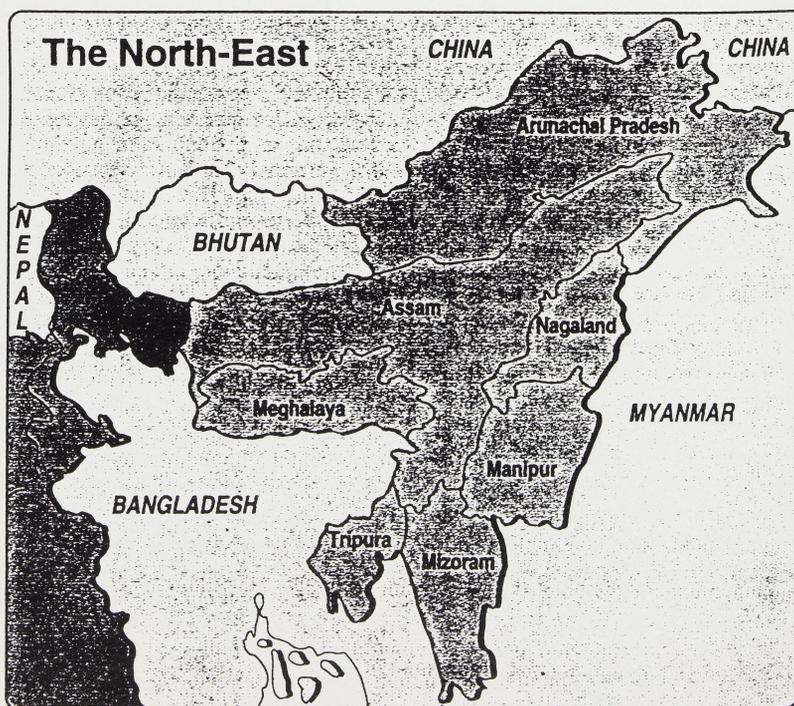
Ausländer raus

Der Zorn solcher Gruppen, in denen sich, wie zum Beispiel auch in der 'Khasi Students Union' (KSU), tribale Bevölkerungsgruppen organisieren, richtet sich gegen die 'non-tribals', die 'Fremden' und 'Außenseiter'. Sie selbst sehen sich als 'locals', als 'Einheimische', die von den 'Fremden', die aus ganz Indien und sogar aus

Bangladesh und Nepal nach Shillong kommen, ausgebeutet werden. Ein Vorfall im August 1993 zeigt, wen diese Organisationen vor allem meinen, wenn sie davon reden, 'Fremde' beuteten die Einheimischen aus. Zwei Studenten des 'St. Anthony's College' in Shillong erschießen kaltblütig einen Lebensmittelhändler und dessen Sohn. Der Händler gehörte einer bestimmten Händlerkaste aus dem Nordwesten Indiens an, die tatsächlich einen großen Teil des Geschäftslebens der Stadt dominiert und für 'einheimische' Unternehmer nur wenig Spielraum läßt. Die Studentenorganisa-

tionen fordern eine strengere Kontrolle bei der Lizenzvergabe für die Eröffnung eines Geschäftes an nicht-Khasis sowie Zugangsbeschränkungen für 'non-tribals' zu den örtlichen Colleges und Hochschulen.

Auch für den Ministerpräsidenten Meghalayas, S.C. Marak, steht fest, daß es 'Eindringlinge' von außerhalb sind, die für die sozio-ökonomischen Probleme in den Staaten des indischen Nordosten und die dort herrschenden Unruhen verantwortlich sind. Gemeint sind damit zum einen die Zuwanderer aus dem übrigen Indien, vor allem aber





Khasi-Frau (Foto: Theo Ebberts)

Flüchtlinge und Einwanderer aus Bangladesh und Nepal. "Wir sind uns des Problems von Zusammenstößen zwischen 'tribals' und 'non-tribals' in Meghalaya bewußt," sagte er während einer Pressekonferenz und erklärte die Situation mit der wirtschaftlichen Lage, "die sich aufgrund der Eindringlinge aus Bangladesh und Nepal seit Jahren verschlechtert." Mit seiner Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staaten des Nordostens, um die 'illegalen Einwanderer' zu stoppen, sieht Marak sich nicht allein. In einem Bericht der Regierung Assams an die 'Zehnte Finanzkommission' heißt es, "eine Verbesserung der Situation im Nordosten ist unwahrscheinlich, solange ausländische Hände die Aufstandsbewegungen und Militanz fördern."

Menschliche Schutzschilder gegen 'Fremde'

Der Vorsitzende dieser Kommission, der Ökonom Atul Sharma, empfiehlt die Errichtung eines 'menschlichen Schutzschildes' gegen den Zustrom von Fremden. Die einheimische Bevölkerung, so Sharma, solle die Erlaubnis erhalten, sich in den grenznahen Regionen anzusiedeln, um Infiltration von Ausländern zu verhindern. Seiner Meinung nach könne angesichts der Ineffizienz der Sicherheitskräfte nur eine 'menschliche Barrikade' das Problem lösen. Es sei die Pflicht der Regierung, so Sharma, "die Grenzen zu versiegeln und die menschliche Barrikade kann als zweite Verteidi-

gungslinie dienen." Die einheimische Bevölkerung, der "wir trauen können", sollte die dazu nötige Unterstützung erhalten, um sich in den grenznahen Regionen niederlassen zu können. "Dazu gehören die Zuteilung von Land, die Errichtung von Krankenhäusern, Schulen usw.. Wenn die dort siedelnden Einheimischen dann wachsam sind, wird es den Infiltratoren schwerfallen, zu kommen." Die schon in Indien lebenden Eindringlinge sollten vor die Wahl gestellt werden, entweder in ihre Heimat zurückzukehren oder als 'Bürger zweiter Klasse' in Indien bleiben.

Es scheint, als könne die 'Ausländerfrage' zu einem gemeinsamen Identifikationspunkt für verschiedene Gruppen aus dem ganzen Nordosten werden. So war der 'unverminderte Zustrom' von Fremden in die Region das Hauptthema eines Generalstreiks (bandh), zu dem kürzlich das 'North East Student's Coordination Committee' (NESCC) aufgerufen hatte. In fünf der sieben Staaten - Manipur, Meghalaya, Mizoram, Nagaland und Arunachal Pradesh - war der Streik relativ erfolgreich während er in Assam, dem Bundesstaat mit den meisten Einwanderern aus Bangladesh, erstaunlicherweise weniger Anklang fand. Doch auch hier blieben in vielen Orten, insbesondere in der Hauptstadt Guwahati, zahlreiche Geschäfte geschlossen und private Buslinien stellten ihren Dienst ein.

In Tripura wurde dem Streikaufruf kaum Folge geleistet. Für die Organisatoren gibt es jedoch eine Erklärung: Dieser Staat sei bereits an die 'Fremden'

verlorengegangen und werde von diesen dominiert.

Der 'Generalstreik Nordost' ist jedoch weniger wegen der Reaktionen der Bevölkerung von so großer Bedeutung. Vielmehr ist es das erste Mal, daß sich die wichtigsten Studentenorganisationen der 'sieben Schwestern', wie die Staaten Assam, Arunachal Pradesh, Manipur, Meghalaya, Mizoram, Nagaland und Tripura genannt werden, zusammengeschlossen haben, um ein Anliegen gemeinsam zu vertreten.

Unter ihnen die 'All Assam Students' Union' (AASU), die von 1979 bis 1985, ebenfalls unter dem Motto "Ausländer raus", das sogenannte 'Assam Movement' angeführt hatte. Nach Angaben der AASU leben allein in Assam fünf Millionen 'Fremde'. In den übrigen Staaten, so die Organisatoren, leben jeweils etwa 300.000 bis 500.000 'Ausländer'.

Starker Bevölkerungsanstieg

Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in diesen nordöstlichen Bundesstaaten zeigt, daß hier tatsächlich große Zuwanderungsbewegungen stattgefunden haben müssen. Mit Ausnahme von Assam ist in allen Bundesstaaten die Bevölkerungszahl deutlich stärker gewachsen als im gesamtindischen Durchschnitt. So wuchs die Bevölkerung Nagalands zum Beispiel von 1981 bis 1991 um 56,9 Prozent, in Meghalaya und Tripura jeweils um über 30 Prozent und in Manipur um knapp 29 Prozent, während die Gesamtbevölkerung der indi-

schen Union im gleichen Zeitraum nur um 23 Prozent anstieg. Viele dieser Zuwanderer kommen aus anderen indischen Bundesstaaten, viele sind aber auch Flüchtlinge aus Bangladesch und Burma.

Das NESCC fordert die Ausweisung dieser Ausländer und schärfere Maßnahmen, den Zustrom der Fremden zu stoppen, welche die ursprüngliche ethnische Zusammensetzung der Region bedrohten. Damit ist der Zustrom von Fremden wieder ein zentrales Thema in der politischen Szene des Nordostens. War es zwischen 1979 und 1985 nur Assam, das aufgrund des 'Ausländerproblems' von Unruhen geschüttelt wurde, wird "nun der ganze Nordosten brennen, wenn die Zentralregierung in Delhi nicht die Zeichen der Zeit erkennt", so die Studentenorganisationen.

Autonomiebestrebungen

In der 'Ausländerfrage' haben die verschiedenen ethnischen Gruppen, die sonst eher für größere Autonomie und Selbstbestimmung eintreten, ein Leitmotiv gefunden, in dem sie sich bei aller Heterogenität gemeinsam wiederfinden können. Ob die 'Ausländerfrage' jedoch ein politisches Anliegen sein kann, mit dem sich die so unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen des Nordostens gemeinsam identifizieren können und interne Auseinandersetzungen in den Hintergrund treten lassen, muß bezweifelt werden. Denn zur Wahrung ihrer eigenen 'ethnischen Identität' werden alle nicht-"Stammesangehörigen" ausge-

grenzt und Forderungen nach mehr Selbstbestimmung und größerer Autonomie erhoben. Diese reichen von der Einrichtung sogenannter 'Autonomous State Councils' auf der Grundlage der indischen Verfassung, bis hin zur völligen Unabhängigkeit von der indischen Union. So sind in den letzten Jahrzehnten Regionalismus und ethnischer Separatismus die wohl entscheidenden politischen Triebkräfte im Nordosten Indiens geworden. Dabei entstehen unablässig neue tribale separatistische Bewegungen, vertreten durch mehr oder weniger militante 'politische' Gruppierungen. Zu den interanational bekanntesten zählen wohl das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) oder die 'United Liberation Front of Assam' (ULFA). Immer wieder standen Organisationen wie diese hinter blutigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und Übergriffen gegen Repräsentanten der indischen Union. In jüngster Zeit sorgten vor allem in zwei Regionen des Nordostens gewaltsame Autonomiebestrebungen und brutale interethnische Konflikte für Aufsehen: Die Forderung der in Assam lebenden Bodos (sprich: Boros) nach einem eigenen Staat und die Kämpfe zwischen Nagas und Kukis in Manipur.

Bodoland den Bodos

In den 80-er Jahren sah es zunächst danach aus, als könne die AASU mit ihrer äußerst brutal geführten Agitation gegen alle Fremden, alle Bevölkerungsgruppen Assams vereinen und die viel-

fältigen ethnischen Gruppen dieses Staates dazu bringen, sich als Assamesen zu fühlen. Doch schon kurze Zeit nach dem Regierungswechsel und der Machtübernahme durch die AASU, verschärfen sich nach und nach die Spannungen zwischen den hinduisierten Bevölkerungsteilen Assams, die von der AASU repräsentiert wurden und den Gruppen der Bodos-Kacharis, die den sogenannten 'Stämmen der Ebene' (plain-tribals) angehören. Im März 1987 begann die 'All Bodo Students Union' (ABSU) mit Massenkundgebungen die "Schaffung eines eigenständigen Staates mit dem Status eines Unionsterritoriums für die 'Plain Tribals' Assams" zu fordern.

Zwei miteinander in Verbindung stehende Ziele wurden mit diesen Forderungen verknüpft: eine Erweiterung der Bestimmungen des sechsten Anhangs der indischen Verfassung bezüglich der 'Stammesgebiete' (tribal areas) am Südrand des Brahmaputra und die Schaffung eines 'Regional Council' für die Bodos, Rengmas und andere nicht-Karbi Stämme im 'Autonomen Distrikt Karbi Anglong'.

1988 wurden die Aktionen ausgedehnt und erreichten ihren Höhepunkt 1989. Aus der Forderung nach einem Unionssterritorium wurde die Forderung nach einem unabhängigen Staat, gleichzeitig wurde die Bewegung immer militanter. Ende 1988 wurde das 'Bodo Peoples Action Committee' (BPAC) gegründet. War noch im Sommer 1988 die Rede von der Schaffung eines 'tribal homeland', mit der auch andere 'Stämme' zur Unterstützung der Agitationen gewonnen

Die 'Bodo Security Force'

Über die - im Vergleich zur 'All Bodo Students Union' (ABSU) - in ihren Forderungen weitaus radikalere 'Bodo Security Force' (BSF) ist relativ wenig bekannt. Es gibt eigentlich nur zwei Dokumente aus den eigenen Reihen die Auskunft geben über Organisationsstruktur und Ziele. Dabei handelt es sich zum einen um die 'Verfassung', die im Februar 1988 von ihrem 'Zentralrat' verabschiedet wurde. Weiterhin liegt 'Voice of the Bodo Security Force' vor, eine Publikation, die offenbar regelmäßig erscheinen sollte, nach ihrer ersten Ausgabe vom 19. April 1987 jedoch wieder eingestellt wurde - offensichtlich aus Sicherheitsgründen.

Ihre Ursprünge sieht die BSF in der 1983 gegründeten 'Young Bodo Nationalist Association' (YBNA) und reklamiert für sich, die Nachfolge aller früheren Bodoorganisationen angetreten zu haben. Gegründet wurde die BSF im Oktober 1986 von einer Gruppe jugendlicher Bodos. Im ersten Artikel ihrer Verfassung heißt es, "Wir, die revolutionären Bodos beschließen hiermit feierlich, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die durch den bewaffneten Kampf für die Befreiung von Bodoland für die Sicherung der Identität und Zivilisation der Bodos eintritt und die Schaffung einer Demokratischen Sozialistischen Gesellschaft anstrebt. In dieser sollen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen. Sie soll frei sein von wirtschaftlicher Ausbeutung, Unterdrückung und Kolonisierung." Unterstützt werden sollen ähnliche Bewegungen in anderen Regionen des Nordostens, so zum Beispiel "der Kampf für die Nationale Befreiung der indo-burmesischen Region". Viel mehr ist über die Organisation und ihre Ziele nicht bekannt. Ihre Abgeschlossenheit ist ebenso bemerkenswert wie die militärische Ausbildung - die von dem 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN) unterstützt wurde - und ihr kompromißloses Vorgehen. Sie finanziert sich wenigstens zum Teil durch Lösegelderpressungen für entführte Manager von Teeplantagen. So sollen für die Freilassung eines Managers der 'Dimakuchi Teeplantage' zehn Millionen Rupien Lösegeld gezahlt worden sein. Für die Freilassung von Bolin Bordoloi, eines Managers von 'Tata-Tee', der Anfang März 1993 nach 329 Tagen Gefangenschaft freigelassen wurde, verlangte die BSF 150 Millionen Rupien. Ob diese Forderungen erfüllt wurden, ist jedoch nicht bekannt. Mit Bombenattentaten, bei denen zum Beispiel im November 1992 knapp 50 Personen ums Leben kamen, versuchte sie immer wieder, die Verhandlungen zwischen der ABSU und der Regierung zu stören und ihrer Forderung nach einem eigenen Staat Nachdruck zu verleihen. Angriffe gegen Vertreter der ABSU zeigen, daß diese wohl zurecht von sich reklamiert, keinerlei Verbindungen zu der 1992 verbotenen BSF zu haben.

werden konnten, wurde mit der Gründung der BPAC klar, daß es sich ausschließlich um eine Bewegung der Bodos handelte. Die ehemaligen Angehörigen der AASU, die nun als Minister der 'Asom Ghana Parishad' (AGP) der Regierung Assams angehörten, waren nicht bereit, den Bodos irgendwelche Konzessionen zu machen und ihre Vorstellungen einer einheitlichen assamesischen Nation aufzugeben. 1989 sahen sie sich daraufhin einer Welle von Gewalt gegenüber, die in ihrer Härte und Brutalität an diejenige reichte, die nur wenige Jahre zuvor von der AASU selbst initiiert worden war. Von August 1989 bis Sep-

tember 1990 kam es schließlich zu einer Reihe von Gesprächen zwischen der ABSU, der Landesregierung und der Zentralregierung. Als deren Ergebnis wurde eine Kommission eingesetzt, die Empfehlungen über die Einrichtung einer autonomen Region erstellen sollte. Deren Empfehlungen wurden schließlich im März 1992 vorgelegt. Doch in der Zwischenzeit hatten sich eine Reihe der Rahmenbedingungen geändert, die noch zwei Jahre zuvor gültig waren. In Assam hatte die 'United Liberation Front of Asom' (ULFA) für eine Trennung Assams von der Indischen Union gekämpft, die AGP war zerstritten und mußte nach

Neuwahlen die Regierungsgeschäfte an die 'Congreß'-Partei zurückgeben. Neuer Ministerpräsident Assams wurde Hiteshwar Saikia.

Die Wahlen hatten jedoch auch gezeigt, über welchen Rückhalt die ABSU in den von Bodos dominierten Regionen verfügte. Dadurch ermutigt, lehnte die ABSU die Empfehlungen des Komitees ab und nahm ihre 1989 eingestellten gewalttätigen Aktionen im Juni 1992 wieder auf. Gleichzeitig gingen die Verhandlungen zwischen der Landesregierung Assams, der ABSU und der Zentralregierung in Delhi weiter. Zwischen März 1992 und Februar 1993 kam es wenigstens zu drei Verhandlungsrunden in Delhi und sechs in Guwahati über die Einrichtung eines 'Autonomous State Councils', das den Bodos größere Selbstbestimmung gewähren sollte.

Die Bodoland Vereinbarung

Im Februar 1993 schließlich unterzeichneten die drei Verhandlungsparteien die 'Bodoland-Vereinbarung' über die Einrichtung eines 'Bodoland Autonomous Council' (BAC). Unklar blieb jedoch, welche und wieviele Dör-

fer in diese autonome Region integriert werden sollten. Bei einem Treffen aller Parteien wurde vereinbart, daß die Dörfer, in denen weniger als 50 Prozent Bodos leben, von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht in die Autonome Region integriert werden sollten. Die Bodos dagegen bestehen darauf, daß auch diese Dörfer, sofern sie in der betreffenden Region liegen, in das Abkommen eingeschlossen werden. Weiterhin bestehen sie auf der Integration einer Reihe von Teeplantagen, die eine ökonomische Basis für eine solche autonome Region bilden könnten. Es kam zu langen und zähen Auseinandersetzungen zwischen der Landesregierung und Vertretern der Bodos über das tatsächliche Gebiet und die Grenzen des BAC. Während die Regierung Assams bereit ist, 2.570 Dörfer in die autonome Region einzuschließen, verlangen die Bodos weitere 515 Dörfer.

Anfang Oktober 1993 wurden bei Gewalttätigkeiten in den Distrikten Kokrajhar und Bongaigaon mindestens zehn Personen getötet und mehr als 25.000 Personen aus ihren Häusern vertrieben. Angehörige der 'Bodo Security Force' (BSF) (siehe Kasten) griffen die Dörfer in diesen Distrikten an, die mehrheitlich von Nicht-Bodos bewohnt werden und versuchten systematisch, die Nicht-Bodo Bevölkerung aus den betroffenen Dörfern zu vertreiben. Mehr als 160 Häuser wurden niedergebrannt. Damit sollen in den betreffenden Dörfern die Mehrheitsverhältnisse der dort lebenden verschiedenen ethnischen Gruppen zugunsten der Bodos so verändert werden, daß sie mehr als 50 Prozent der Einwohner stellen.

Während die Landesregierung jedoch hart blieb und nicht bereit war, von ihrer Position abzurücken, sind die Reaktionen seitens der Bodos geteilt. Während der Vorsitzende des vorläufig eingerichteten BAC, Bwismutiary, sein Amt niederlegte, weil die Landesregierung nicht zu Zugeständnissen bereit ist, fordert sein Nachfolger, Prem Singh Brahma, die Bodoführer auf, erst einmal mit den 2.570 Dörfern zufrieden zu sein.

Nachdem die ABSU im Februar dieses Jahres schließlich erklärt hatte, der Vertrag über das BAC sei gescheitert, befinden sich Landesregierung und Bodovertreter in einer Sackgasse, in der keine der beteiligten Seiten zu weiteren Zugeständnissen bereit zu sein scheint. Profitieren werden davon militantere Gruppen, wie die BSF. Um diese nicht zu stark werden zu lassen, hat die ABSU inzwischen angekündigt, ihren Kampf für einen eigenen Bodostaat wieder aufzunehmen.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe von 'Südasiens')



Viele Kuki-Frauen kämpfen bewaffnet gegen Überfälle durch Nagas (aus: 'India Today')